

DR. HANS-GEORG WIECK

Die Sozialdemokraten im Wahlkampf 2017 – Tradition und Wirklichkeit

Die Geschlossenheit der Partei bei der Wahl des neuen Parteivorsitzenden und der Nominierung des Kanzlerkandidaten für den Bundeswahlkampf 2017 – Martin Schulz – hat bei den Wählern nur für kurze Zeit eine positive Reaktion aufkommen lassen. In den Umfragen pendelten sich rasch frühere Kräfteverhältnisse wieder her: 40 Prozent für die Christdemokraten und annähernd 25 Prozent für die Sozialdemokraten.

Wie ist das zu erklären?

Die Sozialdemokraten bieten zur Bewältigung der von ihnen und von sozialdemokratischen Lehrmeinungen festgestellten sozialen Ungerechtigkeiten in der deutschen Gesellschaft staatliche Programme an, die über Steuern oder zu Lasten der Staatsschuld finanziert werden sollen. Ihnen schwebt als Bildungsideal – wie in Frankreich - die kostenlose akademische Ausbildung für Alle vor. Sozialdemokraten übersehen dabei die in der deutschen Gesellschaft tief verwurzelte und hoch angesehene duale Berufsausbildung, auf deren Grundlage sich der deutsche Mittelstand mit fast vier Millionen kleinen und mittelgroßen Betrieben weltweites Ansehen als Garanten von Innovation, Qualität und Flexibilität im nationalen und internationalen Markt erworben hat – mit positiven Folgen für den Wohlstand Aller und den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Lande. Diese Entwicklung geht in jüngerer Geschichte auf den ersten Wirtschaftsminister in der Bundesrepublik zurück: Ludwig Erhard, ist aber seit Jahrhunderten stehende Praxis in den freien Reichstädten, deren Stände und Gilden als Handwerke und Unternehmen organisiert waren und deren wirtschaftliche Existenz von der weltweiten Vermarktung ihrer Qualitätsprodukte abhing – von Uhren, über Waffen bis zu Kunstgegenständen.

Etwa 70 Prozent aller Beschäftigten in Deutschland arbeiten heute in kleinen und mittleren Unternehmen, die mit über 50 Prozent zum jährlichen Bruttosozialprodukt beitragen.

Die Sozialdemokraten empfehlen dem Land, das annähernd Vollbeschäftigung erreicht hat und dessen Verschuldung auf Grund günstiger monetärer und wirtschaftlicher internationaler Entwicklungen substanziell gesenkt werden konnte, vom Staat zu finanzierende Investitionsprogramme, um unbestritten bestehende Mängel in der Infrastruktur des Landes zu beseitigen – eine Empfehlung, die im Falle ihrer Umsetzung bei schon bestehender Vollbeschäftigung und einer am Produktionslimit produzierenden Wirtschaft

wirtschaftliche Überhitzung verursachen und inflationäre Preissteigerungen auslösen müsste. Der Engpass beruht tatsächlich auf fehlenden Planungskapazitäten und Produktionslimits.

Diese Beobachtungen lehren uns, dass die Sozialdemokraten ein von ihrer Wirtschafts- und Soziallehre geprägtes Programm empfehlen, das für die Gesellschaft und die Perspektiven der deutschen Wirtschaft schädlich sein muss.

Im minimalistischen Wahlprogramm der Christdemokraten wird lediglich gesagt: „Wir schaffen Arbeitsplätze“ – und das geschieht mit einem jährlichen Zuwachs von etwa einer halben Million Arbeitsplätzen in einer Wirtschaft, die heute mehr als eine Million offener Stellen aufweist und deren Arbeitslosigkeit nach EU-Standards unter 4 Prozent liegt – bei Jugendlichen auf einem noch niedrigeren Niveau.

In der internationalen Politik wird – ungeachtet bedeutender, meist negativer Entwicklungen der russischen Politik wie der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und der gewaltsamen militärischen Intervention in der Ukraine – das von Willy Brandt und Egon Bahr geprägte Lehrbuch des „Wandels durch Annäherung“ und der „Entspannung“ um ihrer selbst willen gebetsmühlenartig wiederholt – unter Vernachlässigung der Bündnisverpflichtungen, die auch Deutschland mit der Zustimmung zur Aufnahme von Nachbarstaaten Russlands in die Nordatlantik-Allianz übernommen hat (Beitrittsgarantie gemäß Artikel 5 des NATO-Vertrags von 1949).

Die Unzuverlässigkeit der heutigen US-Politik mit einem rational nicht einschätzbaren Präsidenten Donald Trump – mag genug Anlass zur Zurückhaltung gegenüber den USA in ihrer heutigen politischen Verfassung bieten – aber davon war bei der Vereinbarung im NATO-Rahmen auf der Ebene der Regierungschefs noch nicht die Rede, die Verteidigungsausgaben auf zwei Prozent des Bruttosozialprodukts anzuheben. Nun distanzieren sich die Sozialdemokraten mit scheinheiligen Gründen von dieser politisch übernommenen Verpflichtung. Die Sorgen der NATO angehörenden Nachbarstaaten Russlands sind nicht von der Hand zu weisen – angesichts eines Anspruchs des heutigen Russlands, den der russische Präsident Medwedew in seiner neuen außenpolitischen Doktrin von 2008 feststellte, aus strategischen Gründen in den Nachbarstaaten zu intervenieren und dies auch zum Schutz von Russen tun zu können. Mit der Annexion der Krim verletzte Putin internationale, auch von Russland unterzeichnete Verträge. Das anerkennen auch die Sozialdemokraten.

Die Sozialdemokraten streben eine Rot-Rot-Grüne Koalition an und machen daraus auch kein Hehl. D.h. sie verweigern den gesellschaftlichen Grundzügen

der Bundesrepublik ihre politische Loyalität und streben eine wie auch immer ausgestaltete sozialistische Wirtschaftsordnung und einen nach sozialistischen Vorstellungen umstrukturierten Staat an. Sie müssten also die soziale Marktwirtschaft in ihren Grundzügen verändern. Diesem Programm begegnet der Wähler in Deutschland mehrheitlich mit Ablehnung und Misstrauen.

Die Sozialdemokraten haben, um regierungsfähig zu werden, mit dem Godesberger Programm von 1959 dem Marxismus und der Verstaatlichung von Industrien, Versicherungen und Banken abgeschworen. Aber in der Parteischulung sind diese Lehrmeinungen doch offenbar weiterhin ein wichtiges Schulungsziel, das uns bei polemischen Debatten auch ungeschminkt entgegengehalten wird.

Den Sozialdemokraten fehlt eine innere Bindung an die soziale Marktwirtschaft. Das lässt sich auch an der Intensität erkennen, mit der sie an der noch bestehenden staatlichen Beteiligung an dem Auto-Giganten Volkswagen festhalten – zum Schaden einer Geschäftsführung in dem Unternehmen, in dessen Aufsichtsrat die Gewerkschaften als Mitgestalter gesetzlich verankert sind. Sozialdemokraten sind auch stark in den kommunalen Verwaltungen vertreten, in denen es ja auch kommunale, also staatliche Betriebe gibt, die staatlich gelenkt sind.

Mit einem Wort: Sozialdemokraten misstrauen selbständigen Unternehmern und bauen auf den von ihnen geprägten und gelenkten Staat als Garanten von Freiheit, Gleichheit und wirtschaftlicher Stabilität. Offenbar vertraut der Bürger mehr der sozialen Marktwirtschaft, die auf der Verantwortung des Bürgers, des Unternehmers und der Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer beruht und die in ein rechtstaatliches Rahmenwerk eingeeht ist, ohne die Verantwortung des Unternehmers, der Tarifpartner und Genossenschaftsbanken für die wirtschaftliche Stabilität der Unternehmen in Frage zu stellen.

Berlin, August 2017